

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Frau
Ursula Vögeli
Präsidentin Regionalpartei
EDU Mittelland
Chrummacher 24
3202 Frauenkappelen

27. Februar 2019

RRB-Nr.: 184/2019
Direktion Erziehungsdirektion
Unser Zeichen
Ihr Zeichen
Klassifizierung Nicht klassifiziert



Petition «Kleinklassen»

Sehr geehrte Frau Vögeli
Sehr geehrte Damen und Herren des Petitionskomitees

Am 22. August 2018 ist bei der Staatskanzlei die Petition «Kleinklassen» mit 1'643 Unterschriften eingereicht worden. Im Petitionstext wird festgehalten, dass der seit 2008 anhaltende Rückgang der Anzahl besonderer Klassen für Lehrpersonen und Kinder nicht von Vorteil sei. Die Petition verlangt deshalb, dass die Erziehungsdirektion Massnahmen in die Wege leiten soll, wie beispielsweise «wieder vermehrt Klein- und Förderklassen zur Verfügung zu stellen» oder «die Qualität der Bildung keinen Sparmassnahmen zu opfern». Der Regierungsrat hat am 5. September 2018 die Petition zur Kenntnis genommen und nimmt auf Bericht der Erziehungsdirektion hin wie folgt Stellung:

Das Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung (AKVB) hat Sie mit einer Delegation des Petitionskomitees zu einem Gespräch eingeladen, das am 30. November 2018 in den Räumlichkeiten der Erziehungsdirektion stattgefunden hat. An diesem Gespräch haben Sie Gelegenheit gehabt, Ihre Anliegen und die damit zusammenhängenden Forderungen an die Erziehungsdirektion näher zu erläutern. Sie haben dabei Ihrer Sorge, einerseits um eine angemessene Förderung der Kinder mit besonderem Förderbedarf und andererseits um eine Überlastung der Regelschule Ausdruck verleihen können. Einen möglichen Weg, die sich geänderten Herausforderungen der Volksschule zu meistern sehen Sie darin, dass der Kanton vermehrt «Kleinklassen» zur Verfügung stellen soll.

Im Gespräch hat Sie die Vertretung des AKVB unter anderem auch auf Forschungsergebnisse hingewiesen, wonach Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten in integrativen Schulen bessere Lernfortschritte erzielen als in separativen «Kleinklassen», dass die Lernfortschritte der anderen Schülerinnen und Schüler durch die Integration nicht beeinträchtigt wer-

den und dass die separative Schulung eine erhöhte Stigmatisierungsgefahr in sich birgt, welche lebenslange Auswirkungen auf den Selbstwert sowie auf die berufliche und soziale Integration in der Gesellschaft haben kann.

Der Regierungsrat teilt Ihre grundsätzliche Haltung, wonach Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten in der Volksschule ihrem Bedarf entsprechend gefördert werden sollen. Den Gemeinden werden dazu durch das AKVB die erforderlichen Mittel in Form eines Lektionpools zugeteilt. Der Regierungsrat unterstützt die bisherige Haltung und Praxis der Erziehungsdirektion, wonach die Gemeinden in eigener Kompetenz aufgrund ihrer schulischen Gegebenheiten beschliessen, ob sie die Förderangebote eher integrativ oder eher separativ organisieren wollen.

Demzufolge obliegt es den einzelnen Gemeinden, gestützt auf ihr Fördermodell zu beschliessen, ob sie mit den ihnen zugeteilten Mitteln besondere Klassen führen wollen oder nicht. Viele Gemeinden haben in den letzten Jahren besondere Klassen aufgelöst, um die zur Verfügung stehenden Lektionen für integrative Unterstützungsformen zu verwenden. Wenn nötig, ist es für die Gemeinden durchaus möglich, auch wieder solche zu eröffnen. Besondere Klassen können eigenständig oder in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden geführt werden. Die Erziehungsdirektion erteilt die erforderlichen formellen Bewilligungen ohne nähere Prüfung.

In Bezug auf die pädagogischen Anliegen der Petition, wie beispielsweise die periodische Beurteilung der Fördersituation der Kinder, die Unterstützung der Lehrpersonen oder den Einbezug der Lehrpersonen und Eltern bei der Lösungsfindung in schwierigen Situationen erachtet der Regierungsrat die Forderungen der Petition als erfüllt. Der Kanton Bern verfügt über ein breit abgestütztes Angebot an Unterstützungsmassnahmen, sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für die Lehrpersonen. Die Schulleitungen haben den Auftrag, die Massnahmen periodisch zu überprüfen.

In Ihrem Forderungskatalog sprechen Sie auch einen Punkt an, der grundsätzlich im Kompetenzbereich des Grossen Rates liegt, nämlich das Budget. Bei den bisherigen Spardebatten hat sich die Regierung immer gegen Sparmassnahmen ausgesprochen, welche die Bildung hart treffen könnten. Im Rahmen seiner Möglichkeiten wird der Regierungsrat weiterhin bemüht sein, die hohe Qualität der Bildung zu sichern.

Wir danken Ihnen für Ihr Engagement für eine gute Förderung der lernschwächeren Kinder in der Volksschule.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident

Der Staatsschreiber

Christoph Neuhaus

Christoph Auer

Verteiler:

- Erziehungsdirektion